

**Antrag
der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke
zur Ratssitzung am 22. März 2010, Haushaltsberatungen**

HSK

- I Ablehnungen**
- II Ablehnungen/Änderungen mit Anträgen**
- III Zustimmungen mit Anträgen**
- IV Kompensationen**
- V Kenntnisnahmen**

I Ablehnungen

- Die Maßnahme **0-001006**, Reduzierung Ausschüsse PVA wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **0-001008**, Abrechnung mandatsbezogene Aufwandsentschädigung wird abgelehnt.
- Die DS 10-0221 unter TOP 3 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **7-000016** Anteilsverkauf Klinikum wird abgelehnt. Die DS 10-0438 unter TOP 9 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **2-930001**, Einsparung Stelle Citymanager wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-401009** Elternbeiträge Ogata wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-401010** Anpassung der Budgetzahlungen an Schulen wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-403001**, 2. Bildungsweg, wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-403004** Einnahmesteigerung Kunst-Musikschule wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-403006** Reduzierung Musikschulkräfte; Schließung 2 Fachbereiche wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-403008** Volkshochschule; Reduzierung Zuschussbedarf, wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-404001** Verlagerung von Stadtteilbibliotheken wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-404003** Reduzierung Zuschussbedarf wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411001** Mittel für Sonderveranstaltungen wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411002** Mittel für den Kulturbeirat wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411004** Zuschuss für die Cubus Kunsthalle wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411005** Zuschuss Reibekuchen Theater wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411006** Zuschuss Kulturzentrum Bunker Dieselstr. wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411008** Mittel Betrieb Ratskeller Hamborn wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-411009** Aufgabe Kinder und Jugendtheater "Der Spielkorb" wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-415001** Kultur- und Stadthistorisches Museum Reduzierung des Ausstellungsetats wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-416001** Museum der Dt. Binnenschiffahrt Reduzierung des Ausstellungsetats wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510001** Anpassung der städt. Kinder und Jugendarbeit wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510002** Anpassung der städt. Kinder und Jugendarbeit freie Träger wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510003** Maßnahmen zur Unterstützung der Elternarbeit wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510004** Sprachförderung wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510005** Elternbeiträge wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **3-510007** Verpflegungsentgelte Kita wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **4-100005** Wegfall PVA (Schriftführung) wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **4-500013** Reduzierung der Wohnungsbauförderungsdarlehen wird abgelehnt. Die DS 10-0193 unter TOP 12 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

- Die Maßnahme **4-520006** Vertragskündigung/Schließung HB Neuenkamp wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **4-520007** Schließung Becken Freibad Kruppee wird abgelehnt. Die DS 10-0264 unter TOP 16 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-610002** Deaktivierung von Brunnenanlagen wird abgelehnt, eine Suche von Sponsoren für den Betrieb ist einzuleiten.
- Die Maßnahme **5-610003** Differenzierung Straßenbeleuchtung wird abgelehnt. Die DS 10-0219 unter TOP 25 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-610007** Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung Stadtteilzentren wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-620001** Zentralisierung Sondernutzung wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-620004** Reduzierung Aufwand für Auswirkungen der Bezirkssatzung wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-650003** Reduzierung der flexiblen Feriengrundreinigung an Schulen wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-650005** Stelleneinsparungen Schulhausmeister wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **5-650006** Wegfall Vorarbeiterstunden Schulhausmeister Hilfskräfte wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-310001** Umwandlung Botanische Gärten wird abgelehnt. Die DS 10-0375 unter TOP 28 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-310002** Pflegezuschuss Lapano wird abgelehnt.
- Bei der Maßnahme **6-310007** Projektförderung ESPADU wird die Streichung der Fördermittel ab 2013 abgelehnt. Die Kürzung der Fördermittel für 2010 – 2012 erfolgt unter dem Vorbehalt der Förderung durch Bundesmittel. Die DS 10-0364 unter TOP 30 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-310008** Kleingartenanlagen wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-330002** Reduzierung des Öffentlichkeitsanteils Straßenreinigung wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-530002** Stellenfortfall, Aufgaben Familienberatung wird abgelehnt. Die DS 10-0187 unter TOP 34 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-530003** Stellenfortfall, Basisangebot AIDS /Prostituierte wird abgelehnt. Die DS 10-0186 unter TOP 35 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-530005** Zentralisierung Gesundheitsamt wird abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-530007** Psychiatrische Hilfsvereine Reduzierung der Zuwendungen wird abgelehnt. Die DS 10-0188 unter TOP 36 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-530008** Selbsthilfekontaktstelle; Verzicht auf Förderung wird abgelehnt. Die DS 10-0201 unter TOP 37 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.
- Die Maßnahme **6-535006** Neuberechnung Schlachthofsgebühr wird abgelehnt.

II Ablehnungen/Änderungen mit Anträgen

Die Maßnahme **0-001004**, Zahl der Ratsmandate, wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt. Das Thema künftige Anzahl der Ratsmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden. Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen. (Begründung im Anhang)

Die Maßnahme **0-001005**, Reduzierung Mandate in den Bezirken, wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt. Das Thema künftige Anzahl der Bezirksmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden. Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen. (Begründung im Anhang)

Der Maßnahme **1-120002**, Stellenfortfall Neuausrichtung Amt 12, wird unter Beibehaltung des Projektes „Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (3 Stellen)“ zugestimmt. Die Sparsummen sind wie folgt fest zu setzen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €	500.000,00 €

Die Maßnahme **3-401001** Integration der RAA in die Bildungsholding wird abgelehnt.

Antrag: Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Organisationsuntersuchung über die Bildungsholding zu veranlassen. Untersuchungsgegenstand sollen die Strukturen, die Effektivität, Einsparpotentiale und der sog. 'Output' der Bildungsholding sein.

Ein weiterer Prüfgegenstand soll die Plausibilität der Verlagerung der RAA in die Bildungsholding sein. Als Alternative soll geprüft werden, ob die RAA nicht prioritär in das Integrationsreferat (OB-5) eingegliedert werden kann.

Antrag: Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Maßnahmen **3-401002** und **3-401004 bis 3-401008** zur Optimierung von Flächenbindungen werden in eine einzige Maßnahme ohne Differenzierung in Schulformen und Anzahl aufzugebender Schulstandorte zusammen geführt. Die HH-Wirksamkeiten im HSK werden mit dem Zusatz „bis zu“ versehen. Der Schulentwicklungsplan mit seinen inhaltlichen Bestandteilen bildet allein die Grundlage für vorzubereitende Entscheidungen.

Die Maßnahme **3-401011** Einsparung Schülerspezialverkehr wird in Punkt 2. (Anhebung der Entfernungsgrenze bei Schwimm- und Turnunterricht) abgelehnt. Die Sparbeiträge sind für diese Maßnahme wie folgt festzusetzen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
-	100.000,00	100.000,00	100.000,00	100.000,00

Die Maßnahme **3-403003** Ausgliederung der Niederrheinischen Kunst- +Musikschule; Personalkonzept wird abgelehnt.

Antrag Der Oberbürgermeister wird beauftragt, ein inhaltliches und finanzielles Konzept zur nachhaltigen Sicherung der Arbeit der Niederrheinischen Musik -und Kunstschule (NMKS) zu erarbeiten und den zuständigen Ratsgremien zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen. Grundlage dieses Konzeptes soll die bereits umgesetzte Organisationsform eines gemeinsamen Instituts von Volkshochschule und Niederrheinsicher Musik- und Kunstschule sein. In dem Konzept sollten vor allem auch Möglichkeiten der Überführung in eine neue Betriebsform (Stiftung, Eigenbetrieb usw.) aufgezeigt werden. Die zuständigen Landesverbände des DVV (Deutscher

Volkshochschulverband) und LVDM (Landesverband der Musikschulen Nordrhein-Westfalen) sollen in die Beratung des Konzeptes einbezogen werden.

Die Maßnahme **3-403007** Filmforum Begrenzung Verlustausgleich wird in dieser Höhe abgelehnt. Der Einsparvorschlag in Höhe von 302.000 Euro ist auf 40.000 Euro jährliche Einsparsumme zu reduzieren.

Die Maßnahme **3-411007** Zuschuss Hundertmeister wird in dieser Höhe abgelehnt. Der Einsparvorschlag ist auf 14.000 Euro jährlich zu reduzieren.

Der Maßnahme **3-411010** Eintrittspreise Schauspiel (Theater) wird nur für das Jahr 2010 zugestimmt, die unteren Preisgruppen werden nicht angehoben. Die Sparbeiträge sind wie folgt auszuweisen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
5.900,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €	5.900,00 €

Der Maßnahme **3-411011** Eintrittspreise Philharmoniker wird nur für das Jahr 2010 zugestimmt, die unteren Preisgruppen werden nicht angehoben. Die Sparbeiträge sind wie folgt auszuweisen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €	14.900,00 €

Die Maßnahme **3-411012** Zuschuss für die Deutsche Oper am Rhein wird abgelehnt. Der Kulturausschuss wird bis Ende 2011 nach Vorarbeit der Verwaltung eine Perspektive zur Kostensenkung diskutieren und dem Rat weiter leiten.

Die Maßnahme **4-500007** Reduzierung der städt. Aufwendungen für Altenbegegnungsstätten wird ausschließlich mit der Sparsumme des Jahres 2010 fortlaufend eingestellt. Die DS 10-0085 unter TOP 11 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

Der Maßnahme **4-520003** Erhöhung Eintrittsgelder Bäder Vereine wird ab dem Jahr 2011 zugestimmt. Die Sparsumme für 2010 ist zu streichen. Mit dieser Änderung wird der DS 10-0303 unter TOP 13 der Ratssitzung zugestimmt.

Der Maßnahme **4-520004** Erhöhung Eintrittsgelder Bäder wird mit der Veränderung zugestimmt, dass der ermässigte Eintrittspreis von 2,50 € auf 2,20 € gesenkt wird. Dadurch sind im Jahr 2010 16.550,00 € und ab dem Jahr 2011 35.400,00 € vom Sparbetrag abzuziehen. Mit dieser Änderung wird der DS 10-0260 unter TOP 14 der Ratssitzung zugestimmt.

Zu der Maßnahme **4-520005** Erhöhung Nutzungsentgelte Sportstätten übernimmt der Rat die Beschlussfassung des Sportausschusses analog des Vorschlages des SSB. Dadurch entfällt der Sparbetrag von 300.000,00 € in 2010 und 150.000,00 € in 2011. Die neuen Beträge sind in die „Tarifordnung Sport“ zu übernehmen. Die DS 10-0234 unter TOP 15 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

Die Maßnahme **4-520008** Schließung Hallenbad Großenbaum wird abgelehnt, mit dem SSB ist die Verlängerung des Vertrages bis 2012 zu verhandeln und abzuschließen. Die DS 10-0270 unter TOP 17 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

Die Maßnahme **4-520011** Schließung Hallenbad Wanheim wird abgelehnt, mit dem SSB ist die Übernahme des Bades bis 2012 zu verhandeln und abzuschließen. Durch die Umsetzung von vier Stellen ist der Sparbeitrag in 2010 auf 80.000,00 € und ab 2011 auf 160.000,00 € zu setzen.

Die Maßnahme **5-610005** Reduzierung konsumtiver Baumaßnahmen wird nur in sofern umgesetzt,

dass Stadterneuerungsmaßnahmen hiervon nicht berührt werden. Die Sparsumme ist deshalb im Jahr 2010 um 100.000,00 € und in den Folgejahren jeweils um 180.000,00 € zu reduzieren. Die DS 10-0358 unter TOP 26 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

Die Maßnahme **5-610008** Mietzahlung für die gewerbl. Nutzung der Verkehrsinfrastruktur wird nur insofern umgesetzt, dass für die Durchführung der Wochenmärkte keine Kosten erhoben werden. Die Sparsumme ist jährlich um 50.000,00 € zu reduzieren.

Die Maßnahme **5-620005** Überarbeitung der Gebührentatbestände Sondernutzung wird nur insofern umgesetzt, dass Gebühren ausschließlich von gewerbl. Nutzern erhoben werden. Die Sparsumme ist deshalb im Jahr 2010 um 30.000,00 € und in den Folgejahren jeweils um 60.000,00 € zu kürzen. Die DS 10-0252 unter TOP 27 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

Die Maßnahme **6-310012** Stelleneinsparungen im Amt für Umwelt und Grün werden nur insofern umgesetzt, dass von der Sparsumme jährlich 240.904,00 € (entspricht sechs Stellen) abgezogen werden.

III Zustimmungen mit Anträgen

Die Maßnahme **1-200003** Entlastung vom Solidarpakt wird mit folgendem ergänzenden Antrag verabschiedet: Der OB wird aufgefordert, alleine oder zusammen mit anderen Kommunen in geeigneter Form Verfassungsklage gegen die Belastungen aus dem Solidarpakt, bzw. allen damit im Zusammenhang stehenden Belastungen, einzureichen.

Der Maßnahme **2-910003**, Benutzungsentgelte Hallen, wird mit dem Zusatz zugestimmt, dass frühzeitig Abstimmungsgespräche mit den Duisburger Vereinen über die neuen Entgelte zu führen sind.

Die Maßnahme **3-510006** Rückbau Erziehungshilfe wird unter der Maßgabe zugestimmt, dass dem JHA vorab ein Konzept zur Umsetzung vorzulegen ist. Zudem sind dem Ausschuss berichtende Kontrollmechanismen einzurichten.

Die Maßnahme **4-100017** Outsourcing Arbeitsmedizin wird unter Beibehaltung der Sparvorgabe wie folgt inhaltlich verändert:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beibehaltung des Institutes für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin einen gemeinsamen betriebsärztlichen Dienst für die Verwaltung und alle städtischen Unternehmen einzurichten. Durch eine entsprechende Umlage der Kosten auf alle Nutzer und Beteiligten bleibt der zu erzielende Sparbetrag erhalten. (Begründung im Anhang)

Der Maßnahme **4-100020** Erwirtschaftung eines Ausbildungs- und Einstellungskorridors wird unter Vorwegstellung des folgenden Beschlusses zugestimmt: Der Oberbürgermeister wird aufgefordert sicherzustellen, dass bei der Erwirtschaftung eines sogenannten Ausbildungs- und Einstellungskorridors zur Aufrechterhaltung der Funktion der Verwaltung und zur Minimierung der zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten ab dem Ausbildungsjahr 2010, mindestens bis zum Ausbildungsjahr 2014, 60 Auszubildende in Verwaltungsberufen einen Ausbildungsplatz anzubieten und diese nach erfolgter Ausbildung, sofern sie persönlich und fachlich geeignet sind, in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen. (Begründung im Anhang)

Die Maßnahme **4-500001** Senkung der Fallkosten Pflege in Einrichtungen ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Die Maßnahme **4-500006** Beratung Heimauswahl, Vermeidung Heimpflege ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Die Maßnahme **4-500016** Zentralisierung Wohngeld ist im Ausschuss mit einer Vorlage zu erläutern.

Der Maßnahme **6-310010** Anpassung Leistungsvertrag Grün wird zugestimmt. Der Rat behält sich für die über den Sparbeitrag 2010 hinaus gehende Summe einen Rückholvorbehalt vor, falls in der Umsetzung strukturelle Probleme entstehen. Für die Maßnahme ist bis zum Herbst ein Konzept vorzulegen.

Der Maßnahme **6-330001** Übertragung der Aufgaben Wasser- und Kreislaufwirtschaft an die WBD AöR wird unter dem Vorbehalt zugestimmt, dass die Umsetzung auf Arbeitsplätze unter Anwendung des TVÖD fällt und institutionelle Probleme bei der Umsetzung im Ausschuss vorgelegt werden. Die DS 10-0254 unter TOP 32 der Ratssitzung wird damit abgelehnt.

IV Kompensationen

Die Gewerbesteuer wird auf 490 Punkte festgesetzt. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
5.000.000,00	5.700.000,00	6.800.000,00	8.670.000,00	8.670.000,00

Die Gewerbesteuerzinsen sind dem Verlauf der Gewerbesteuerentwicklung anzupassen. Dabei werden 50 % des Steigerungswertes der Gewerbesteuer als Berechnung zugrunde gelegt. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
1.185.000,00	1.615.000,00	2.465.000,00	4.250.000,00	4.250.000,00

Die Entwicklung der Spielbankabgabe kann nach Pressemeldungen über eine erfreuliche Geschäftsentwicklung gegenüber dem HH-Entwurf verändert werden. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
300.000,00				

Dem Rat ist die Einführung einer Kulturtaxe auf Hotel-Übernachtungen vorzulegen, die drei Euro pro Übernachtung beinhaltet. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
500.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00	1.140.000,00

Es sind mit angrenzenden Kommunen, insbesondere auch im Raum des Ruhrgebietes, interkommunale Projekte zu entwickeln, wie sie bereits vor zwei Legislaturperioden angeregt wurden. Dem Rat ist darüber zu berichten. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
100.000,00	200.000,00	200.000,00	400.000,00	400.000,00

Auf der A 59 in Höhe Meiderich/Ruhrort und auf der ehemaligen B 8 in Hamborn sind Geschwindigkeitskontrollen durch fest installierte Anlagen einzurichten. Die Einnahmen werden bei 50 % der durch die Verwaltung vorgeschlagenen Anlagen taxiert. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
440.000,00	880.000,00	880.000,00	880.000,00	880.000,00

Die Dächer der im Besitz der Stadt Duisburg (IMD) befindlichen Gebäude sind für die Vermietung an Betreiber von Solaranlagen zu vermarkten. Bei durchschnittlich 20.000 qm Fläche je Bezirk und drei Euro qm-Preis sind in das HSK einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
210.000,00	420.000,00	420.000,00	420.000,00	420.000,00

Die im Rahmen des Unterhaltsvorschlusses zurück zu holenden Unterhaltsbeiträge sind von heute ca. 17 über eine jährliche Steigerung von 5 % auf 37 % anzuheben. Hierfür ist dem JHA ein geeignetes Konzept vorzulegen. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
367.000,00	755.000,00	1.142.000,00	1.530.000,00	1.530.000,00

Im Bereich der Ordnungsamtes ist der Möglichkeit der Verfallsanordnung stärker gegenüber Bußgeldmaßnahmen zu forcieren. In das HSK sind folgende Beträge einzustellen:

2010	2011	2012	2013	2013 ff.
	200.000,00	300.000,00	400.000,00	400.000,00

V Kenntnisnahmen

Die Maßnahme 7-000015 Verkauf RWE Aktien wird zur Kenntnis genommen
Die Maßnahme 7-000017 Verkauf Geschäftsanteile GMVA wird zur Kenntnis genommen
Die Maßnahme 7-000018 Verkauf Aktien Stadtwerke wird zur Kenntnis genommen.

Den restlichen Maßnahmen des HSK wird zugestimmt.

Durch die vorlaufenden Beschlussfassungen sind die Drucksachen

09-1906/2 (TOP 40) in Punkt 3,
09-1906/3 (TOP 41),
09-1906/5 (TOP 42) bis auf 7.a und 8.b und
09-1906/6 (TOP 43)

abschließend behandelt.

Antrag zu **4-100017**, Outsourcing Arbeitsmedizin

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, unter Beibehaltung des Institutes für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin einen gemeinsamen betriebsärztlichen Dienst für die Verwaltung und alle städtischen Unternehmen einzurichten. Durch eine entsprechende Umlage der Kosten auf alle Nutzer und Beteiligten bleibt der zu erzielende Sparbetrag erhalten.

Begründung:

Im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes soll mit der Maßnahme 4-100017 durch ein sogenanntes Outsourcing der Arbeitsmedizin ein Beitrag zum Haushaltssicherungskonzept geleistet werden.

Das bisher für die Stadt Duisburg und die Wirtschaftsbetriebe arbeitende Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin leistet im Bereich der Arbeitssicherheit, der Psychosozialen Betreuung und des Programms „ProGesundheit“ für die Beschäftigten eine ausgezeichnete Arbeit. Für die enge Vernetzung der Bereiche Arbeitssicherheit, Psychologische Betreuung und allgemeine Arbeitsmedizin war eine hervorragende Qualität in der Betreuung der Beschäftigten gewährleistet. Dies insbesondere, weil sich hier die Beschäftigten direkt an den arbeitsmedizinischen Dienst wenden konnten, der arbeitsmedizinische Dienst Arbeitsplätze begutachtet und in allen gesundheitlich relevanten Themen am Arbeitsplatz fachkundig beraten hat sowie durch eine hohe Betreuung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch gemeinsame Besprechungen und Beratungen präventiv tätig werden konnte sowie Mängel zeitnah bearbeiten und abstellen konnte.

Um diese hohe Qualität bei der Betreuung der Beschäftigten der Stadtverwaltung auch weiterhin zu gewährleisten ist es unerlässlich, die Betreuung der Beschäftigten in arbeitsmedizinischen und Arbeitssicherheitsfragen weiterhin durch das Institut für Arbeitssicherheit und Arbeitsmedizin weiter zu führen. In vielen Betrieben und Verwaltungen hat man mit einem vermeintlich kostengünstigen Outsourcing überwiegend schlechte Erfahrungen gemacht und führt den arbeitsmedizinischen Dienst und den Bereich der Arbeitssicherheit in die eigenen Organisationsstrukturen zurück. Private Dienstleister können nicht annähernd qualitativ und fachlich die Leistung erbringen, die betriebs- oder verwaltungseigene arbeitsmedizinische Dienste heute im Verbund von Netzwerken und Fachdisziplinen leisten.

Aus dieser Erkenntnis heraus macht es Sinn, den arbeitsmedizinischen Dienst und den Bereich Arbeitssicherheit über die Wirtschaftsbetriebe hinaus, die diesen heute schon nutzen, auch allen anderen städtischen Gesellschaften mit anzubieten und hier im Rahmen von entsprechenden Kooperations- und internen Dienstleistungsverträgen im Konzern diese arbeitsmedizinische und Arbeitssicherheitsdienstleistung auf die anderen städtischen Unternehmen auszubauen. Durch die entsprechende Kostenbeteiligung und entsprechende Umlagen kann der Sparbetrag im Rahmen der Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erzielt werden.

Gespräche mit den bisher an den Dienstleistungen der Arbeitsmedizin und Arbeitssicherheit noch nicht beteiligten Verwaltungsbereichen und kommunalen Unternehmen sind umgehend aufzunehmen.

Antrag zu **4-100020**, Erwirtschaftung eines Ausbildungs- und Einstellungskorridors

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert sicherzustellen, dass bei der Erwirtschaftung eines sogenannten Ausbildungs- und Einstellungskorridors zur Aufrechterhaltung der Funktion der Verwaltung und zur Minimierung der zusätzlichen Belastungen für die Beschäftigten ab dem Ausbildungsjahr 2010, mindestens bis zum Ausbildungsjahr 2014, 60 Auszubildende in Verwaltungsberufen einen Ausbildungsplatz anzubieten und diese nach erfolgter Ausbildung, sofern sie persönlich und fachlich geeignet sind, in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis zu übernehmen.

Begründung:

In der Maßnahme 4-100020, Erwirtschaftung eines Ausbildungs- und Einstellungskorridors, soll mit einer zurzeit noch zwischen 680 und 1.250 bezifferten Zahl der abzubauenen Stellen sowohl ein Spareffekt beim Personaleinsatz erzielt werden, als aber auch gleichzeitig die Möglichkeit, einen Teil dieser zukünftig wegfallenden Stellen schwerpunktmäßig mit eigenen ausgebildeten jungen Leuten wieder zu besetzen.

Hierbei erscheint es insbesondere wichtig, die Betriebsabläufe, insbesondere in der inneren Verwaltung zu sichern und die ausscheidenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter rechtzeitig, hier insbesondere mit jungen ausgebildeten Kräften aus Berufen für die Verwaltung, so z. B. im Bereich der Leistungen für den Bürgerservice, zu ersetzen.

Der Oberbürgermeister wird aufgefordert, diese Personalmaßnahmen in den dann aufzu-stellenden Stellenplan, unter Benennung der Ausbildungsberufe und der Nennung der möglichen Tätigkeitsbereiche, nach der Übernahme einzuarbeiten und diese rechtzeitig mit dem Fachausschuss, aber insbesondere auch mit dem Personalrat zu kommunizieren und abzustimmen.

Durch dieses Controlling wird ein wesentlicher Teil des dringend erforderlichen Nachwuchskonzeptes, dessen dringlicher Bedarf sich aus den erhobenen Strukturdaten der letzten Jahre, hier insbesondere unter Einbeziehung der Demografischen Entwicklung der Beschäftigten der Stadtverwaltung ergibt, geleistet.

Antrag zu **0-001004**, Ratsmandate

1. Die vorgesehene Maßnahme wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt.
2. Das Thema künftige Anzahl der Ratsmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden.
3. Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen.

Begründung:

Der Rat wurde mit 74 Mitgliedern erst am 30.08.2009 neu gewählt. Die gesetzliche Wahlperiode beträgt 5 Jahre, läuft also bis 2014. Eine Verringerung der Mandate hätte frühestens Ende 2014 Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die o. g. Maßnahme liegt damit jenseits des Zeithorizonts der mittelfristigen Finanzplanung.

Eine mögliche Veränderung der Anzahl der Ratsmitglieder muss gem. § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz NRW bis spätestens 15 Monate vor dem Wahltag beschlossen sein. Dementsprechend kann gründlicher und ohne jeden Zeitdruck unter Einbeziehung demografischer, demokratischer, wahrarithmetischer und juristischer Aspekte beraten und gegebenenfalls beschlossen werden.

Antrag zu **0-001005**, Bezirksmandate

Die vorgesehene Maßnahme wird im Rahmen des HSK 2010 zurückgestellt

Das Thema künftige Anzahl der Bezirksmandate in Duisburg wird einem ausführlichen Beratungs- und Diskussionsprozess unterzogen, an dem Rat, Ratsausschüsse und Bezirksvertretungen sowie die Öffentlichkeit beteiligt werden

Der OB wird beauftragt, eine entsprechende Vorlage für den Beratungsprozess einschließlich der zeitlichen Abfolge und unabhängig von Haushaltsberatungen zu erstellen

Begründung:

Die Bezirksvertretungen wurden mit je 19 Mitgliedern erst am 30.08.2009 neu gewählt. Die gesetzliche Wahlperiode beträgt 5 Jahre, läuft also bis 2014. Eine Verringerung der Mandate hätte frühestens Ende 2014 Auswirkungen auf den städtischen Haushalt. Die o. g. Maßnahme liegt damit jenseits des Zeithorizonts der mittelfristigen Finanzplanung.

Eine mögliche Veränderung der Anzahl der Bezirksvertreter muss gem. § 3 Abs. 2 Kommunalwahlgesetz NRW bis spätestens 15 Monate vor dem Wahltag beschlossen sein. Dementsprechend kann gründlicher und ohne jeden Zeitdruck unter Einbeziehung demografischer, demokratischer, wahlarithmetischer und juristischer Aspekte beraten und gegebenenfalls beschlossen werden.